

14. FEB. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 090

P/XVII/38 - 14. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Das Tanzischer hat wieder begonnen!</u> Der Griff Borns nach den Länderkassen	31
2 - 4	<u>Auf die Unfall-Experten hören!</u> Vor harten Auseinandersetzungen über Unfallverütung Von Konrad Schayer	140
5	<u>Staatsrat Ulbricht auf Treibjagd</u> Ostdiplomaten in der Schorfheide Von Peter Palm	35
6 - 7	<u>Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit</u> Professor Ludwig Preller 65 Jahre alt	40
7	<u>Ein Brief an Eucarius</u> Es geht um die Pressefreiheit	29

* * * * *
* * *

Das Tauziehen hat wieder begonnen :

sp - Nachdem der schon seit längerer Zeit angekündigte Griff des Bundes in die Länderkassen durch die offizielle Vorlage des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 1962 konkrete Formen angenommen hat, beginnen sich die Abwehrkräfte in den Länderfinanzministerien zu rühren. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird von den Ländervertretern mit einer Gründlichkeit durchgeprüft wie selten zuvor. Ganz offensichtlich geht es den Ländern darum, nachzuweisen, dass die Forderung des Bundes nicht, oder nicht in dieser Höhe, notwendig ist.

Noch ist das Ergebnis dieser Prüfung nicht bekannt. Sicher ist aber, dass die Haushaltsexperten der Länderfinanzministerien jeden Ansatz des Bundeshaushalts kritisch auf seine Berechtigung prüfen werden, kritischer jedenfalls als in früheren Jahren, denn diesmal gehtes ums "eigene" Geld. Der Bund fordert bekanntlich von den Ländern einen freiwilligen Beitrag zur Deckung erhöhter Bundesausgaben. Nichts ist natürlicher, als dass die Länder versuchen, die Forderung als unberechtigt abzulehnen. Auf das Ergebnis der Prüfung kann man daher in diesem Jahr besonders gespannt sein.

Solange sich die Kritik um eine objektive Prüfung der Notwendigkeit und Höhe von Bundesausgaben bemüht, ist dagegen nichts einzuwenden. Im Gegenteil ist das ja gerade der Sinn der verfassungsmässig vorgesehenen Haushaltskritik durch den Bundesrat. Der Öffentlichkeit und den Volksvertretern soll aus beruflichem Munde eine kritische Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung vorgelegt werden. Und wer ist berufener dazu als die Länderfinanzminister mit ihren Expertenstäben? Alle Finanzpartner sollten sich um eine sachliche Stellungnahme bemühen. Auch die Bundesregierung muss dazu beitragen, denn sie ist an den finanziellen Fehlewicklungen und an dem früheren manchmal ziemlich unwürdigen Tauziehen um unsere Steuergroschen entscheidend mit schuld. Nur wenn Bund und Länder auf dem Boden der Sachlichkeit bleiben, besteht die Gewähr, dass der Kampf um das grösste Stück aus der Steuerkuchen nicht auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen wird.

+ + +

Auf die Unfalllexperten hören!

Von Konrad Schayer

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung hervorragender deutscher Unfalllexperten, die Anfang dieser Woche im Bundeshaus in Bonn stattfand, lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Mit der Unfallverhütung ist es in der Bundesrepublik nicht gut bestellt.
2. Die Unfallsachverständigen haben sehr konkrete Vorschläge machen können, die eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitssicherheit gewährleisten.
3. Erstaunlicherweise stossen die Empfehlungen der Unfalllexperten bei den Verbandsmanagern, die für die Unfallverhütung im gewerblichen Bereich eine Hauptverantwortung tragen, auf unverhohlene Ablehnung.

Die Mängel im Bereiche der Unfallverhütung sind so offenkundig geworden, dass diejenigen, die jetzt noch schweigend darüber hinweggegangen waren, sich mitschuldig machen. Hier einige der markantesten Tatsachen, die von den Sachverständigen ans Tageslicht gebracht worden sind:

- * Die Zahl der Arbeitsunfälle ist nach der offiziellen Statistik des Bundesarbeitsministeriums von knapp 1,4 Millionen im Jahre 1950 auf über 3 Millionen im Jahre 1960 angestiegen.
- * Im internationalen Vergleich sind die westdeutschen Unfallkennzahlen ungewöhnlich hoch. In der Eisen- und Stahlindustrie ereigneten sich z.B. 1960 bei uns 168 meldepflichtige Unfälle, die mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten, bezogen auf 1000 Beschäftigte gegenüber nur 46 pro 1000 in Grossbritannien.
- * Es gibt in der Bundesrepublik insgesamt nicht mehr als 300 hauptamtlich beauftragte Sicherheitsbeamte bei mehr als 35 000 grösseren Betrieben.
- * Die Zahl der hauptamtlich tätigen Werksärzte beläuft sich auf nur 300 bis 350 gegenüber mehr als 3 500 in Frankreich.
- * In der Bundesrepublik gibt es nicht einen einzigen Lehrstuhl für Arbeitsmedizin. Kommentiert Professor Koelsch, der Senior der deutschen Arbeitsmediziner: "Wir sind in Westdeutschland am rückständigsten in der ganzen Kulturwelt hinsichtlich der Arbeitsmedizin. Wir müssen uns direkt schämen."
- * Völlig unzureichend ist auch die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten bei unseren Berufsgenossenschaften, den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung. Im Bundesdurchschnitt kommt zur Zeit ein technischer Aufsichtsbeamter auf 82 000 Versicherte!
- * Nur etwa ein Fünftel der Gesamtaufwendungen der Berufsgenossenschaften werden heute für Unfallverhütung ausgegeben. Professor Dr. Lehmann, der Direktor des Max-Planck-Instituts in Dortmund, bezeichnete dies als "ein ganz, ganz krasses Missverhältnis"

Milde Behandlung der "Schwarzen Schafe"

Diese Liste der Mängel und Verhältnisse liess sich geradezu endlos verlängern. So haben die Berufsgenossenschaften von der Möglichkeit, die Beiträge nach Zahl und Schwere der Unfälle zu steuern, nur sehr bescheiden Gebrauch gemacht. Der Industrie-Soziologe Dr. Schürmann weist nach, dass die Kürparungen, die die Unternehmen durch verbildete Unfallverhütung

erzielen konnten, bestenfalls knapp sieben Prozent der üblichen Beitrags-
umlage betragen, während die maximale Bestrafung im Extremwert nicht ein-
mal 10 Prozent der ohnehin zu zahlenden Umlage erreichte. So kommt es,
dass immer dieselben "schwarzen Schafe" mit den Unfallzahlen an der Spit-
ze und mit der Unfallverhütung am Schlosse marschieren. Bei einer Umlage
von 45 Millionen DM verhängte beispielsweise eine Berufsgenossenschaft
Strafgelder in Höhe von insgesamt 400 DM. Eine andere Berufsgenossenschaft
verhängte im ganzen Jahr überhaupt keine Konventionalstrafe, woraus man
leider keineswegs schliessen darf, dass dort alles in Ordnung gewesen wäre.

Rückgriff auf das Jahr 1920

Nach übereinstimmender Auffassung der Sachverständigen enthält trotz
dieser Mißstände die CDU/CSU-Vorlage zur Neuregelung des Rechts der gesetz-
lichen Unfallversicherung, die mit sehr grosszügiger "Formulierungshilfe"
des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellt worden ist,
auf dem Gebiet der Unfallverhütung kaum etwas Neues. So sind bezeichnen-
darweise die DM-Beträge der Ordnungsstrafen, die von den Berufsgenossen-
schaften der Unternehmen bei fahrlässigen oder vorsätzlichen Verletzungen
der Unfallverhütungsvorschriften auferlegt werden können, einer Verordnung
über Vermögensstrafen und Geldbußen entnommen worden, die aus dem Jahre
1920/21 stammt. Und mit solchen versittlichen Bestimmungen glaubt man,
den Notwendigkeiten einer modernen Unfallverhütung gerecht werden zu kön-
nen!

Was getan werden muss, haben die Unfall-Experten klar und deutlich ge-
sagt. Das A und O einer wirksamen Unfallverhütung besteht darin, das In-
teresse der Unternehmensleitungen an der Unfallverhütung zu wecken und
sogar durch fühlbare wirtschaftliche Anreize. Ein grosser Teil der Unter-
nehmensleitungen ist heute über Zahl, Art und Ursache der im eigenen Un-
ternehmen vorkommenden Unfälle gar nicht informiert, ganz zu schweigen von
den durch diese Unfälle verursachten Kosten. Der Gesetzgeber muss dafür
sorgen, so fordern die Experten nachdrücklich, dass die Ergebnisse der Un-
fallverhütungsberühungen finanziell im unternehmerischen Ablauf deutlich
zum Ausdruck kommen.

Leistungsgerechte Differenzierung

Im Grunde ist das ganze nichts anderes als gesunder, auf liberalen
Denken fussender Menschenverstand. Betriebe mit hohen Unfallzahlen müssen
gewissermassen ökonomisch bestraft, Betriebe, die Vorbildliches für die
Sicherheit am Arbeitsplatz tun, wirtschaftlich belohnt werden, meinte der
bekannte Unfallachverständige Dr. Heinz Gärtler: "Der Gesetzgeber muss
die Unternehmen ganz massiv wirtschaftlich interessieren". Dies Verfahren
führt keineswegs zu einer Erhöhung der allgemeinen Umlage. Im Gegenteil!
Durch die leistungsgerechte Differenzierung wird voraussichtlich noch bald
die Unfallzahl vermindert und damit eine fühlbare Senkung der Umlage er-
zielt - zum Nutzen aller Beteiligten.

Die Sachverständigen haben eine ganze Reihe weiterer wichtiger Anre-
gungen dem Gesetzgeber unterbreitet. Betriebe einer bestimmten Grösse und
Gefahrenklasse sollten, so meinten sie, gesetzlich verpflichtet werden,
einen hauptamtlichen Sicherheitsbeauftragten zu beschäftigen. Stellung und
Einfluss der Sicherheitsbeauftragten sowie der ehrenamtlichen Sicherheits-
vertrauensleute in Betrieben müssen verbessert werden. (Einzählung eines
besonderen Kündigungsschutzes, Freistellung der ehrenamtlichen Sicherheits-
beauftragten von der Arbeit u.a.m.)

Wichtig für Klein- und Mittelbetriebe

Von besonderer Wichtigkeit für Klein- und Mittelbetriebe, in denen
leider keineswegs weniger häufig Unfälle passieren als in den grossen Be-
trieben, sind die Vorschläge über die Anstellung hauptamtlicher Werkstätte

gemeinsam für eine Gruppe kleiner Betriebe oder, falls sich dies als unzulänglich erweist, die Anstellung von behandelnden Ärzten als nebenamtliche Werksärzte.

Auch der Ausbau des technischen Aufsichtsdienstes der Berufsgenossenschaften wird besonders den Klein- und Mittelbetrieben zugute kommen. Denn erst eine Erhöhung der Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ermöglicht es, sich die Betriebe gründlich vorzunköpfen, die laufend hohe Unfallzahlen aufweisen, und für sie eine sogenannte Sicherheitsanalyse sowie, darauf fußend, ein Sicherheitsprogramm zu erarbeiten.

Der Gesetzgeber bedarf des Rats der Sachverständigen. Er bedarf auch - das hat sich deutlich gezeigt - der Rückenstärkung durch die öffentliche Meinung, die der Vernunft gegenüber den beharrenden Kräften und starken Interesseneinflüssen zum Durchbruch verhelfen muss. In den Vereinigten Staaten pflegt der Präsident persönlich Unfallverhütungstagungen einzuberufen und ihnen vorzusitzen. Er bringt damit zum Ausdruck, welche Bedeutung er der Arbeitssicherheit in den amerikanischen Betrieben beimisst. Die Mitwirkung von Bundesarbeitsminister Blank an der von Professor Dr. Schellenberg, dem Sozialexperten der SPD, einberufenen Informationstagung, an der mehr als 100 hervorragende deutsche Unfallfachverständige teilnahmen, hat sich - um das Mindeste zu sagen - auf bloße Negation beschränkt.

Wo sich die Wege trennen

Das Verhalten von Blank ist symptomatisch. Hier trennen sich die Wege der Sozialpolitik. Auf der einen Seite haben wir es mit einer Sozialpolitik alten Stils zu tun, die auf dem Gestrigen aufbaut, von Selbstzufriedenheit getragen ist und mit Vermiedlichkeiten, Beschönigungen und leeren Redensarten das Notwendige zu verhindern sucht. Eine moderne gegenwarts- und zukunftsbezogene Sozialpolitik beugt sich dem gegenüber nicht der Macht, sondern hört auf den Rat der Männer der Wissenschaft und Praxis. Die Erhöhung der Arbeitssicherheit ist eine grosse, konstruktive sozialpolitische Aufgabe, die sich für den Kernselen bezahlt macht. Deshalb darf es nicht bei blossen Lippenbekenntnissen zur Unfallverhütung bleiben. Es müssen durchgreifende, auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen fußende Bestimmungen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit in das Unfallversicherungsgesetz eingefügt werden. Die Unfallverhütung muss zum Kernpunkt der Neuregelung des Unfallversicherungsrechts gemacht werden. Das ist eine Sache, die des Schweißes der Edler wert ist.

Staatsrat Ulbricht auf Treibjagd

Von Peter Palm

Vor wenigen Tagen konnten die erstaunten Bewohner des Berliner (östlichen) Nordens an einem schönen Sonntagmorgen grosse Kolonnen von Blaupausen und grossen PKWs mit den Kennzeichen des Diplomatischen Korps der kommunistischen Länder in nördlicher Richtung abbrausen sehen. Die Wagen waren leicht bewaffnet. Denn grosser Ruhm verpflichtet. Und Anstand lehrt nicht nur die Frau Pappritz in Bonn. Knigge jedenfalls soll es irgendwo nach geben. In Bonn ist Freiherr Adolf von Knigge derzeit in allen Buchhandlungen ausverkauft. Ich versuchte neulich in Bonn vergebens, ein Exemplar zu erwerben. "Die Pappritz hat das Knigge-Geschäft kolossal belebt", so sagte mir eine Bonner Buchhandlung.

Aber zurück von Pankow in Richtung Norden, wo einst der teutonische Biese mit römischen Allüren seine Elche (ohne Angehöriger eines Heimatverbandes zu sein) auf freier Wildbahn züchtete: in die Schorfheide. Nachdem der grosse Flieger mit dem Pseudonym "Meyer" aus der Schorfheide ausgeflogen war, fiel auch sie bekanntlich am Ende in die Hände des sächsischen Musterpioniers und Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht.

"Was soll man nun aus einer solchen Schorfheide dialektisch machen?" so fragte man sich in Kreisen des erlauchten Musterpioniers. Und man kam auf Bonner Gedanken. Nicht nur in Bonn soll man das grosse Halali blasen. Auch der Pankower Heute Volante ist nach Stil zumute (schliesslich kann einem nicht immer nur nach Tamerlan zumute sein).

Also hatte die "Regierung der DDR" das Diplomatische Korps, Abteilung Ostvölker, zu einer schönen Treibjagd in die Schorfheide eingeladen, an der auch der grösste Treibjäger der DDR teilnahm.

Durch das nördliche Naturschutzgebiet, das einst der grösste Flieger aller Zeiten zu seiner Privatkolchose bestimmt hatte, in der es heute nicht mehr nach Karin hallt, raste nun knallend und prustend die jagdwütige Gesellschaft des Pankower GD. Und man sah, man schoss, man traf, wo man sonst nur Böcke schiessen darf.

Am Ende wurde das grosse Halali geblasen, Ulbricht lächelte gütig in seinen Spitzbart und verkündete den volksdemokratischen Beschluss, die Jagdbeute insgesamt der "werkstätigen Bevölkerung der DDR" zur Verteilung zu bringen.

Man munkelt in Pankow, dass Fleischkarten mit Sonderstempel gedruckt wurden: "Sonderzuteilung Ulbricht-Böcke".

Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit

sp - Professor Dr. Ludwig Freller, Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, begeht am 16. Februar seinen 65. Geburtstag. Er wurde 1897 in Burgstedt bei Chemnitz geboren. Nach längerer Arbeit als Bergmann unter Tage und dem nationalökonomischen Studium war er der erste Volkswirt in Deutschland, der zum Dienst als Gewerbeaufsichtsbeamter zugelassen wurde. Nacheinander war Freller in sächsischer Gewerbeaufsichtsdirektion, als Referent im Reichsarbeitsministerium und später im Sächsischen Arbeitsministerium tätig. Noch während seines Studiums, im Jahre 1920, wurde er Mitglied der SPD und 1922 als Bergarbeiter Mitglied der Freien Gewerkschaften. Bei seiner Tätigkeit in Berlin kam er dann in engen Kontakt mit Theodor Leipart und dessen Mitarbeitern im allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und auf diesem Wege über den Arbeitsschutz zur Sozialpolitik. In dieser Zeit hat er an zahlreichen fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen mitgearbeitet.

Wie so viele Sozialdemokraten musste er im Frühjahr 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden. Als Angestellter in einer Textilfirma nutzte er diese Zeit, um Material für eine umfassende sozialpolitische geschichtliche Darstellung zusammenzutragen. Ein Teil dieser grossen Arbeit wurde durch die Kriegswirren vernichtet. Was gerettet werden konnte, erschien unter dem Titel "Sozialpolitik in der Weimarer Zeit" als stattlicher Band mit Gedanken von wegweisender und aktueller Bedeutung.

1948 wurde Ludwig Freller Leiter der Abteilung Sozial- und Kulturpolitik im Süddeutschen Landerrat. Im Jahre 1948 sehen wir ihn als Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in der sozialdemokratischen Regierung in Schleswig-Holstein. Dort war ihm wieder die Gelegenheit gegeben, die Theorie in die Praxis umzusetzen. In dem Bundesland mit der zurzeit grössten Flüchtlings- und Arbeitslosenzahl schuf er neue Arbeitsplätze und Wohnraum und führte die heimatlos gewordene Jugend einer geordneten Arbeit und guter Ausbildung zu. 1951 wurde Freller in den Bundestag gewählt, dem er bis 1957 angehörte.

1950 wurde Freller zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD berufen. Unter seiner Leitung wurden die Grundlagen für den "Sozialplan der SPD" erarbeitet. Ludwig Freller ist ein jugendlicher Fünfundsechziger und alles andere als ein einseitig gewordener Experte - sein Interesse an der Philosophie und an der modernen Kunst hat

14. Februar 1962

sie nachgelassen. Sein Leben aber widmet er der Sozialpolitik, die für ihn ein Teil der Gesellschaftspolitik ist. Dem einzelnen soll die Chance und die praktische Möglichkeit gegeben werden, sein Leben in eigener Verantwortung, in Gesundheit und Leistungsfähigkeit als Persönlichkeit in der Gesellschaft zu gestalten.

+ + +
Ein Brief an Bucerius

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und frühere Chefredakteur der Deutschen Pressagentur (dpa), Fritz Sänger, hat an den aus der CDU ausgeschiedenen Dr. Bucerius folgenden Brief geschrieben:

"Sehr verehrter Herr Dr. Bucerius,

es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen meinen Respekt vor Ihrer Haltung auszusprechen, so sehr ich Ihre Entscheidung bedauere, aus dem Bundestag ausscheiden zu wollen. Unabhängige Menschen sind unserem Lande heute nötiger als je vorher.

Sie haben nach der unübersehbaren Demonstration Ihrer Charakterfestigkeit und der Eindeutigkeit Ihrer persönlichen Haltung erklärt, dass Sie Ihre politischen Auffassungen nicht änderten. Also kann ich mit meinem Ausdruck der Hochachtung nicht in den Verdacht kommen, unangebrachte Kontakte herstellen zu wollen. Wir sind uns sehr bald nach dem Kriege auf dem gleichen Gebiet der Arbeit für eine freie und nach innen und aussen wirklich unabhängige Presse begegnet. Sie waren Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft, in deren Leitung ich damals berufen wurde. Wir waren nicht immer der gleichen Meinung in Einzelfragen, wohl aber stets im Grundsätzlichen. Daran erinnere ich mich dankbar.

In meinen Taschenkalendern steht seit 1953 dieser Satz als Motto:

"Redakteure nämlich, Herr Bundeskanzler, sind nach der guten Sitte freier Länder von Verleger unabhängig."

Sie sagten das in der 255. Sitzung des ersten Bundestages am 19. März 1953. Ich behalte diesen Satz und möchte wünschen, dass eine solche Auffassung in unserem Lande bei Verlegern und Journalisten ohne Ausnahme herrscht und dass beide daraus die Konsequenz der Verantwortung ziehen.

Ich hoffe sehr, dass wir uns nicht aus den Augen verlieren. Wahrscheinlich ergeben sich auch künftig und vielleicht künftig noch mehr als in der Vergangenheit Anlässe zu gemeinsamer Tätigkeit."

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler.